

# DIE LINKE.

Ausgabe V/08

## Giesenkirchen 2015 - Zweifach anrühig!

Die Diskussion um das Konzept „Giesenkirchen 2015“ der CDU und FDP Fraktionen im Rat der Stadt hat mindesten zwei Aspekte. Zum einen geht es um die Entwicklung eines Stadtteils, wo offensichtlich über den Willen der BewohnerInnen hinweg entschieden wird. Doch Politik ist kein Selbstzweck, Politik sollte für und mit den BürgerInnen gestaltet werden.



Zum anderen ist die Art und Weise, wie dieses Konzept durchgepeitscht wird, Ausdruck der politischen Kultur in Mönchengladbach: Transparenz rückt in den Hintergrund, mögliche persönliche Interessen in den Vordergrund. Beide Aspekte betreffen nicht nur die GiesenkirchnerInnen, sondern alle MönchengladbacherInnen.

*Der politische Wille und die Umsetzung:*

Die zwei Sportanlagen Puffkohlen und Astenweg sollen nach dem Willen von CDU und FDP geschlossen werden und durch eine neue Anlage auf dem Gelände des ehemaligen Freibades Giesenkirchen ersetzt werden. Ob eine neue, moderne Sportanlage die derzeitigen zwei Anlagen wirklich ersetzen kann, ist fraglich. Sind doch beide derzeitigen Anlagen gut ausgelastet und in der für Sport nutzbaren Fläche größer.

Die Sanierungskosten für die Sportanlage würden laut Gutachten 625.000 EURO betragen, jedoch empfiehlt gleiches Gutachten eine Renovierung. Die Kosten hierfür: 169.000 EURO, also nur ein Viertel. Trotzdem wird lieber mit den höheren Sanierungskosten hantiert, lässt sich doch so die Finanzierung des Neubaus schön reden. Es sollen Grundstücksverkäufe der frei werdenden Flächen zum Wohnungsbau erhalten. Dabei sind die Einnahmen rein spekulativ, der Bedarf für Bauland auch. Wie riskant es ist, auf solche Einnahmen zu setzen, zeigte sich Ende November 2008: Die für Verkäufe zuständige Stadtentwicklungsgesellschaft EWMG musste ein dickes Minus verbuchen, vermutlich mehr als eine Million Euro.

Doch genau diese Grundstücksverkäufe haben einen weiteren faden Beigeschmack. Bezirksvorsteher Boss (CDU) hat sich aufgrund von privaten Verbindungen zur Kreisbau im nach hinein für befangen erklärt, in der Bezirksvertretung fiel der Beschluss pro „Giesenkirchen 2015“ aber noch mit der Stimme von Herrn Boss. Ob dies formal korrekt war, ist fraglich, ob dies moralisch korrekt war, wohl kaum!

Herr Boss ist befangen wegen seiner privaten Verbindungen zur Kreisbau. Die Kreisbau könnte Profiteur des Konzeptes sein: Ihr sollten weit unter Wert Grundstücke verkauft werden. Aus der Sitzung des Aufsichtsrat der EWMG vom 24.06.2008 drang ein Preis von 100 EURO pro Quadratmeter nach außen, um 70 EURO unter dem städtischen Bodenrichtwert. Die Beschlussvorlage der EWMG entsprach aber nicht den Kriterien der Vermarktung von Grundstücken der Stadt, und so gab es keinen Beschluss. Aber es war zumindest einen Versuch wert, am Rat vorbei die Geschäfte zu tätigen.

Weiter ging es mit der Verschleierungstaktik am 17.09.2008. Die Verwaltung legte den Mitgliedern des Rates und des Hauptausschusses einen Plan für das Sport- und Freizeitzentrum Giesenkirchen vor. Heraus kopiert war der Ersteller, die Firma Geo 3. Es entstand der Eindruck, die Vorlage sei von der Stadtverwaltung. Fragen, wer der Auftraggeber war und ob es dafür irgendwelche Gegenleistungen oder Zusagen gab, blieben in der Ratssitzung am 24.09.2008 und auch danach unbeantwortet. Gehandelt hat dann der Vergabeausschuss.

Ohne öffentliche Ausschreibung bekam die Firma Geo 3 im November den Auftrag für die Ingenieurleistungen zum Umbau des Kunststoffrasens auf der Bezirkssportanlage Bergerfeld. Im Zusammenhang mit den nicht beantworteten Fragen in der Ratssitzung ist diese Vergabe des Auftrages an die Firma Geo 3 „anrücklich“ und dient nicht der politischen Transparenz. Alle Infos finden sie unter:

**[www.die-linke-mg.de/giesenkirchen2015](http://www.die-linke-mg.de/giesenkirchen2015)**

*weiter: letzte Seite*

## Kommentar

## Mit Lügen in den Krieg

Der Bundestag hat gegen die Stimmen der Linkspartei der Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen des OEF-Mandats (Operation Enduring Freedom) um 13 Monate zugestimmt.



*Bernhard Clasen  
Sprecher der Partei  
DIE LINKE Mönchengladbach  
Telefon: 02161 - 205013*

Der Bundesausschuss Friedensratschlag in Kassel hält die Begründung der Bundesregierung für eine Mogelpackung.

Die Bundesregierung beruft sich auf den Artikel 51 der UN-Charta. Dieser Artikel enthält das Recht jedes Staates, sich im Falle eines Angriffs zu verteidigen.

Die USA beruft sich im Zusammenhang mit dem 11.9.2001 auf diesen Artikel. Nun hat es aber seit sieben Jahren einen derartigen Angriff auf die USA nicht mehr gegeben. Eine Kriegserklärung in Permanenz gibt es jedoch nicht.

Des weiteren belügt die Bundesregierung die Bevölkerung, wenn sie behauptet, dieser Einsatz diene dazu, den internationalen Terrorismus einzudämmen. Eine Untersuchung aus den USA über 268 Terrorgruppen im Zeitraum von 1968 – 2006 kommt zu einem ganz anderen Ergebnis. In nur 7% der untersuchten Fälle konnten die Terrorgruppen mit militärischen Mitteln besiegt werden.

Wenn mensch bedenkt, dass für den militärischen Kampf die meisten Mittel in Form von Geld, Waffen, Soldaten und Gerät eingesetzt wird, dann ist die militärische Form der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus die teuerste und erfolgloseste Methode. Es wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen und nicht einmal getroffen.

Dem Terrorismus ist mit kriegerischen Mitteln nicht beizukommen. Der von US-Präsident Bush ausgerufene Krieg gegen den Terrorismus hat überall dort, wo er geführt wird, z.B. in Afghanistan und im Irak, den Terrorismus gefördert und ist selbst zum Terror gegen die unschuldige Zivilbevölkerung geworden.

Der Kampf gegen den Terrorismus ist eine zivile Aufgabe, die nur über politische Lösungen und nur mit rechtsstaatlichen Mitteln der Justiz und der Polizei erledigt werden kann.

Die deutschen Truppen aus Afghanistan zurück zu ziehen wäre ein erster Schritt einer politischen Lösung.



## Hartz IV - Tipp

Das Bundessozialgericht hat in einem Urteil vom 13.11.2008 (Az: B 14 AS 36/07 R) entschieden, dass die Kosten für mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen in voller Höhe von der ARGE zu übernehmen sind. Eine Übernahme nur der „angemessenen“ Kosten von Klassenfahrten in Form einer Pauschale ist nicht zulässig.

In Übereinstimmung mit der Rechtsprechung der Sozial- und Landessozialgerichte hat das Bundessozialgericht entschieden, dass die Leistungsträger nicht prüfen dürfen, ob die Kosten von Klassenfahrten „angemessen“ sind. Sie müssen die Kosten von derartigen Klassenfahrten stets voll übernehmen.

Das Bundessozialgericht begründet seine Entscheidung unter anderem damit, dass über die Form und die Kosten von Klassen- oder Stufenfahrten die Schule entscheidet, es sei gegebenenfalls Sache der Schulaufsicht, Klassenfahrten zu untersagen, die so teuer sind, dass sie nur noch von Spitzenverdienern guten Gewissens bezahlt werden können.

Wenn die Entscheidung in den zuständigen Gremien der Schule gefallen ist, greift das Diskriminierungsverbot: Schüler sollen nicht von dem für jede Klasse und jede Jahrgangsstufe wichtigen Gemeinschaftserlebnis der Fahrt ausgeschlossen sein, nur weil ihre Eltern von Grundsicherungsleistungen leben. In dem Fall ging es um zwei Kinder. Bei dem jüngeren Kind um 285 € für eine Fahrt nach Rüditz/Brandenburg, bei dem älteren Kind um eine Klassenfahrt nach Florenz, die insgesamt 719 € kostete.

## Rente mit 67

Wer denkt, dass ältere Menschen keinen Job bekommen und nicht bis 67 arbeiten können, irrt.

Ein wunderschönes Beispiel, dass trotz Abschwung selbst ältere Menschen hoch bezahlte Jobs erhalten können, beweist Bert Rürup: Der 65-Jährige heuerte als Chef-Ökonom beim Finanzdienstleister AWD an.

Bisher arbeitete er als Vorsitzender des Sachverständigenrates, der die Bundesregierung unter anderem zur Rentenpolitik berät.

Die von ihm erfundene Rürup-Rente, eine Form der privaten steuerbegünstigten

Altersvorsorge, hat AWD zu gigantischen Profiten verholfen: Der Finanz-Konzern macht einen Großteil seines Umsatzes mit dem Verkauf von Rürup-Policen.

Damit lässt sich Rürup - ebenso wie Schröder, Clement, Schily, Riester und andere vor ihm - augenscheinlich von den Unternehmen kräftig entlohnen, die dank ihrer Politik Millionen kassiert haben.

### Kommunen raus aus der Schuldenfalle

Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern von ver.di und IG Metall in Mönchengladbach am 21. November 2008.

Im Rahmen von „Fraktion vor Ort“ am Linken Niederrhein diskutierten Ulla Lötzer und Hüseyin Aydin (beide MdB DIE LINKE) mit Vertreterinnen und Vertretern der beiden Gewerkschaften über die Situation in den Kommunen im Linken Niederrhein.



Besonders beleuchtet wurden die finanzielle Ausstattung der Kommunen und die damit verbundene Situation der Beschäftigten. Die Haushaltssicherungskonzepte haben in den letzten Jahren zu Einsparungen, Einstellungs-Stop und Arbeitsverdichtung geführt. So verringerte sich die Zahl der Beschäftigten bei der Stadt Mönchengladbach in den letzten 10 Jahren von 5500 auf heute 3400 Beschäftigte.

Hinzu kommen zusätzliche Aufgaben der Kommunen, die es zu bewältigen gibt, wie zum Beispiel durch das neue Kinderbildungsgesetz (Kibiz).

„Die kommunale Finanzsituation befindet sich in einer absoluten Schieflage“ findet Ulla Lötzer. „Neben den sozial Benachteiligten sind vor allem die Kommunen die Verlierer der Politik von Bund und Ländern“ so ihr Fazit. Vor diesem Hintergrund betont Lötzer die Forderungen der LINKEN: Die Berücksichtigung der Kommunen innerhalb des Konjunkturprogramms, die für kommunale Investitionen in Bildung, Betreuung und erneuerbare Energien verwendet werden sollen. Und: „Die Kommunen brauchen eine Entschuldungsstrategie.“



Zur Bezahlbarkeit der linken Forderungen erklärt Hüseyin Aydin: „Es ist höchste Zeit für eine andere Steuerpolitik. Wir brauchen keine ungerechten und volkswirtschaftlich widersinnigen Rezepte, sondern eine gerechte Lastenverteilung und Maßnahmen, die wieder Geld in die Kassen der Kommunen spülen.“ Dazu gehöre für Aydin die Reform der Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie das Beenden des Steuerwettbewerbs auf Kosten der Schwachen. „Umsteuern und Umverteilen - das fordert DIE LINKE.“

## Cross Border Leasing: Privatisierung lohnt sich nicht!

Deutschen Städten drohen mit ihren Cross Border Leasing – Geschäften Millionenverluste.

Im Kern handelt es sich beim Cross Border Leasing (CBL) um die Privatisierung städtischer Leistungen.

Die Kommunen sollten Teile ihrer Infrastruktur oder Leistungen der öffentlichen Daseinsfürsorge wie Kanalisation und Klärwerke, Messehallen oder Schienennetze an einen amerikanischen Investor verkaufen und anschliessend wieder leasen; oft mit Laufzeiten um die 30 Jahre.

Vermeintlicher Vorteil für die Kommunen: Geldeinnahmen und Ersparnis von Instandhaltung oder Sanierung. Handfester Vorteil für den Investor: Aufgrund des amerikanischen Rechts massive Steuerersparnis.

Von diesem Steuervorteil gibt der Investor zwischen vier und fünf Prozent als einmalige Zahlung an die Kommune weiter. Der grösste Teil des Geldes jedoch fliesst an Banken, die die Schulden des Investors finanzieren und an Versicherungen, die dafür bürgen. Denn auch der Investor finanziert seine Investition bei Darlehensbanken. Und er verkauft seinen CBL – Vertrag weiter: Er wartet nicht, bis in 30 Jahren die letzte Rate bezahlt ist, sondern verkauft diesen an eine Bank weiter; ebenso verkaufen die Darlehensbanken ihre Zinsforderungen für 30 Jahre ebenfalls weiter.

All' diese Verträge, Forderungen und Ansprüche werden weiter und weiter verkauft, gebündelt und zu einem weiteren

der modernen Finanzprodukte – wie auch die amerikanischen Hypothekenkredite zu neuen Finanzprodukten zusammengestellt wurden.

Bricht der Geldfluss an irgendeiner Stelle ab, könnte das Kartenhaus Cross Border Leasing in sich zusammenbrechen.

Die Finanzmarktkrise kann sich nun auf die Städte, die CBL-Geschäfte getätigt haben, auswirken. Die Städte könnten für strauchelnde Banken und Versicherer, die an diesen Geschäften beteiligt waren, bürgen müssen.

Und es droht eine weitere Gefahr: In den USA haben die zuständigen Finanzämter inzwischen erkannt, dass es sich bei Cross Border Leasing um unsaubere Scheingeschäfte handelt – und erteilen ablehnende Steuerbescheide. Aus ist es mit dem Steuervorteil für den Investor und somit der Grundlage des grenzüberschreitenden Schein-Geschäfts.



Dabei sind die Städte keineswegs nur Opfer der Finanzkrise. Sie sind mit verantwortlich, weil sie solche Finanzinstrumente mit ihrer Politik erst ermöglichten.

Die unsauberen Scheingeschäfte mit öffentlichem Eigentum können für viele Städte und Kommunen zum Bumerang werden. Öffentliches Eigentum ist keine Ware, kein Spekulationsobjekt. Privatisierung lohnt sich nicht!

*Tom Quartz, Attac*

## Schließung Schulbad Morr

Die Fortschreibung des Bäderkonzeptes für die Stadt Mönchengladbach sieht vor, dass nach der Sanierung des Pahlke Bades und des Hallenbades Rheindahlen die Schulbäder Hardt und Morr und das Stadtbad Odenkirchen geschlossen werden sollen.



*Schulbad Morr: Wichtig für den Schulsport.  
Für Kinder keine langen Wege und Busfahrten.*

Begründet wird das mit der Argumentation, dass die Bezirksregierung als Finanzaufsicht eine Überarbeitung des Bäderkonzeptes mit der Zielrichtung Kostensenkung fordert, weil sie ansonsten keine Möglichkeit sieht, die Finanzierung der Sanierung des Pahlke Bades mit der Stadt Mönchengladbach überhaupt nur zu erörtern.

Im normalen Sprachgebrauch heißt so etwas Erpressung. Anstatt nun gegenüber dem Regierungspräsidenten diese Erpressung zurückzuweisen, wird der Bedarf für die kleinen Bäder Hardt, Morr und Odenkirchen anhand der Nutzungszeiten im Schulsport runter gerechnet, bis er nach

der Sanierung der Bäder in Rheydt und Rheindahlen ab 2013 nicht mehr vorhanden ist. Wobei der Bedarf definiert wird mit Unterrichtseinheiten von je 60 Minuten für eine Klasse. Nach erfolgter Schließung könnten dann 600.000 EUR eingespart und der Regierungspräsident eventuell zufrieden sein.

DIE LINKE lehnt diese Fortschreibung des Bäderkonzeptes ab. Schwimmbäder sind nicht nur auf den Schulsport zu reduzieren. Im Stadtbad Odenkirchen schwimmen z.B. die Senioren. Sie halten sich fit und reduzieren dadurch Kosten im Gesundheitsbereich. Für sie würde dieses ortsnahe Angebot wegfallen.

Auch die Kosteneinsparung ist eine geschönte Rechnung. Wenn die Schüler nicht mehr zu Fuß ins Schwimmbad gehen können, benötigen sie z.B. einen Bus. Für Odenkirchen würde das z.B. Fahrtkosten für die Förderschule, die Grundschulen Burgbongert und Astrid-Lindgren, Hauptschule Kirschhecke und Gymnasium Odenkirchen bedeuten. Eine ähnliche Problematik ergibt sich für die Schulen in Hardt. Bei notwendigen Busfahrten sind auch die Schwimmzeiten eine Zumutung, speziell für Grundschüler. Innerhalb von 90 Minuten Busfahrt, Umziehen, Duschen, Schwimmunterricht, Anziehen Busfahrt zurück ist eine Tortour, bei der maximal 20 Minuten Schwimmzeit übrig bleiben.

DIE LINKE spricht sich für den Erhalt der Bäder Hardt, Morr und Odenkirchen aus. Nach Abschluss der Sanierung des Stadtbades Rheindahlen muss ein Sanierungskonzept für diese Bäder entwickelt werden.

### Der Bürgerwille und die Gegenwehr:

Das Konzept „Giesenkirchen 2015“ greift massiv in den gewachsenen Stadtteil ein. Zum einen sind die Verkehrswege nicht darauf ausgelegt, besonders die Anwohner der bislang ruhigen Kruchenstraße, Trimphshütter Straße und vom Arratherhof wären die Leidtragenden.

Der Anfahrtsverkehr von bisher zwei Sportstätten kanalisierte sich dann bei ihnen. Weiter würde die Versiegelung bisheriger Freizeit- und Grünflächen der Lebensqualität schaden, und das, wie erwähnt, ohne nachgewiesenen Bedarf an Bauland. Zusätzlich muss befürchtet werden, dass die Kanalisation bei Regen schnell an ihre Grenze stößt.

Es ist richtig und wichtig, dass sich jetzt BürgerInnen zusammengefunden haben und sich für ihre eigenen Interessen einsetzen.

Sozialberatung  
und  
Bürgersprechstunde

**Ort:** LiLO-Büro  
Burgstraße 4  
41199 Mönchengladbach  
Tel.: 02166 - 9792249  
E - Mail:  
info-lilo@solargeneration.de

### Öffnungszeiten

Montag - Freitag  
10:00 - 12:00 Uhr  
und  
16:00 - 18:00 Uhr

Die Bürgerinitiative „Stoppt Giesenkirchen 2015“ ist ein parteiunabhängiger Zusammenschluss, mit einem Bürgerbegehren will sie den Rat der Stadt zum Umdenken bewegen.

Doch ihr werden Steine in den Weg gelegt: Die beiden Vorsitzenden des Gewerkekreises Giesenkirchen Hubert Peeters (CDU) und Reimund Esser, raten ihren Mitgliedern vom Auslegen der Unterschriftenlisten ab. Ganz unverhohlen sagen sie auch, dass Geschäftsinhaber, die die Listen auslegen, möglicherweise mit Problemen rechnen müssen.

So werden BürgerInnen, die sich für ihre Stadt engagieren, eingeschüchtert.

So wird Politikverdrossenheit gefördert.

DIE LINKE. Mönchengladbach unterstützt eine solche Bürgerbeteiligung als legitime Möglichkeit, dem Willen der Bürger Aus- und Nachdruck zu verleihen:

### Unterstützen Sie die BI Giesenkirchen!

Ihr Stadtteil könnte als nächstes „verklüngelt“ werden!

Den Kontakt zur Bürgerinitiative und die Unterschriftenlisten finden sie unter:

[www.giesenkirchen2015.de](http://www.giesenkirchen2015.de)

Die Unterschriftenlisten liegen auch an den Infoständen der Partei „DIE LINKE“ in Mönchengladbach und Rheydt und im Büro der LiLO-Mönchengladbach aus.

### Impressum

V.i.S.d.P:  
**DIE LINKE.** / Helmut Schaper

Postfach 30 10 01  
41191 Mönchengladbach  
Telefon: 0 21 66 / 979 22 43  
Fax: 0 21 66 / 979 22 42

E-Mail: [info-die-linke@solargeneration.de](mailto:info-die-linke@solargeneration.de)  
Web: [www.die-linke-zeitung.de](http://www.die-linke-zeitung.de)